



Kassenzahnärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Fragenkatalog der Kassenzahnärztlichen Vereinigung M-V an die Parteien zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021

Die Freien Berufe sind ein Eckpfeiler unserer Gesellschaft, bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatzgarant der Bundesrepublik und somit auch für unser Bundesland. Ihre Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Säule der Wertschöpfung in Deutschland, wobei das Gesundheitswesen einen nicht unerheblichen Anteil daran trägt (12% BIP).

1. Wie möchte Ihre Partei die freiberuflichen Strukturen mit ihrer jeweiligen Selbstverwaltung in unserem Bundesland erhalten und stärken?
2. In der täglichen Praxis nimmt die Bürokratielast stetig zu. Schon 2015 stellte der Normenkontrollrat Missverhältnisse und unnütze Lasten fest. Von statistisch 220 Arbeitstagen ist das Praxispersonal über 100 Tage mit Bürokratie und administrativen Aufgaben beschäftigt und steht somit der Patientenbetreuung nicht zur Verfügung. Unabhängig von der derzeitigen Pandemie nimmt die Taktung neuer Gesetze und Verordnungen stetig zu. In den letzten 20 Monaten ergab sich eine Flut von über 60 Gesetzen / Verordnungen allein im Gesundheitswesen, die – zusätzlich zu der Krankenbetreuung durch die Praxen – kaum noch in den Verwaltungen tiefgründig bearbeitet und für ihre Mitglieder interpretiert werden können. Welche Aufgaben stellt sich Ihre Partei in der kommenden Legislatur bezüglich des Bürokratieabbaus im Gesundheitswesen?
3. Unser duales Krankenversicherungssystem ermöglicht erst die medizinische und technische Entwicklung zur Erhaltung, Steigerung und Pflege der Gesundheit des Menschen, wobei insbesondere die PKV den Faktor Innovation in der medizinischen Betreuung der Patienten ermöglicht. Im Übrigen wird dies auch im weltweiten Gesamtvergleich aufgezeigt. Um den Wirtschaftsfaktor der Gesundheitsberufe – Stichwort: „Ökonomischer Fußabdruck“ – auch in MV zu erhalten und weiter zu entwickeln, sind verlässliche ökonomisch tragbare Finanzierungen notwendig.

Nach Meinungen von Experten kann eine „Einheitsfinanzierung“ im Sinne der Bürgerversicherung demografische Verwerfungen und strukturelle Lücken nicht annähernd schließen. Wie setzt sich Ihre Partei für den Erhalt und die Weiterentwicklung bewährter dualer Finanzierungsstrukturen ein?

Die KZV M-V hat u.a. den gesetzlichen Auftrag, eine flächendeckende zahnärztliche Versorgung sicherzustellen und den Bürger*innen einen niedrighschwelligigen Zugang zu einer zahnmedizinischen Behandlung zu ermöglichen. Die nachfolgenden Fragen berühren auf unterschiedlichster Ebene und nicht abschließend die Sicherstellung der vertragszahnärztlichen Versorgung.

4. Aus Umfragen ist bekannt, dass im Rahmen der Planung einer eigenen Niederlassung die Attraktivität eines Ortes für junge Zahnärzte*innen erheblich von dessen Infrastruktur (KiTa's, Grund- und weiterführende Schulen, potentielle Arbeitsplätze für Lebenspartner etc.) abhängt. Welche Wege verfolgt Ihre Partei, wenigstens in flächendeckend verteilten Unterzentren unseres Bundeslandes Infrastruktur zu erhalten bzw. wieder aufzubauen?
5. Als Hemmnis der Sicherstellung zahnmedizinischer Versorgung droht der Fachkräftemangel - sowohl im Bereich des Praxispersonals, aber auch in den Reihen des zahnärztlichen Nachwuchses - an Bedeutung zuzunehmen. Diese Entwicklung ist vor allem in ländlich strukturierten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns zu beobachten. Kennen Sie das Projekt „Stiftung“ der KZV-MV zur Stärkung von Landzahnarztpraxen und Sicherung der vertragszahnärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, welches dem Ministerium Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit MV bereits vorliegt? Wenn ja, in welcher Form will Ihre Partei dieses Konzept mitverfolgen und unterstützen?
6. Honorierungen zahnärztlicher Leistungen in Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den preiswertesten in der Bundesrepublik. In den erwirtschafteten Honoraren spiegelt sich unter anderem die Wertschätzung der Behandlungsleistung wider.
Wie geht Ihre Partei mit der Tatsache um, dass die Einwohner*innen unseres Bundeslandes gerade bei zahnmedizinischen Leistungen aufgrund der niedrigsten Honorierung immer mehr von der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung in der zahnmedizinischen Versorgung abgehängt werden und so zum Beispiel gerade bei mehrkostenfähigen Leistungen im Bundesvergleich der Honorierungen der zahnärztlichen Leistungen höhere finanzielle Selbstzahleranteile tragen müssen und dies bei dem niedrigen Einkommensniveau der Bevölkerung in M-V, Stichwort „Rote Laterne“?

7. Nach unserem Verständnis erhalten die Krankenkassen für alle GKV-Versicherten grundsätzlich gleich hohe Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds. Besteht nach Ihrem Kenntnisstand die Möglichkeit, dass bei überregionalen und vor allem bundesweit agierenden gesetzlichen Krankenkassen die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds womöglich nicht dem Menschen in M-V vollumfänglich zugutekommen und stattdessen in anderen Bundesländern z.B. zur Finanzierung höherer Honorierungen genutzt werden?
8. Gerade überregionale und vor allem bundesweit agierende gesetzliche Krankenkassen treten in Vertragsverhandlungen mit zentral vorgegebenen Konzepten auf. Im SGB V § 85 (3) festgelegte Verhandlungsparameter, im Speziellen die Kostenstruktur, finden auch statistisch belegt, in den Honorarverhandlungen kaum Beachtung. Dabei bestimmen die von den Zahnarztpraxen erwirtschafteten Honorare maßgeblich die Konkurrenzfähigkeit der Praxen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf gezahlte Gehälter an Fachkräfte. Durch die prozentuale Entwicklung der Bestandteile der Gesamtvergütung geht die Schere hinsichtlich der Honorierung der zahnmedizinischen Leistungen zwischen Altbundesländern und MV immer weiter auf. Akzeptiert Ihre Partei diese Entwicklung mit allen negativen Folgen für den ländlichen Raum? Mit welchen Programmen will Ihre Partei junge und flexible Arbeitskräfte in M-V halten bzw. zurückholen?
9. An Heilbehandlungen sind zu Recht hohe Anforderungen und Werte geknüpft. Diese höchstpersönlich und individuell erbrachten Leistungen für Hilfesuchende dürfen nicht ausnahmslos ökonomischen Zielen unterliegen. Die Öffnung des Gesundheitswesens für kommerziell orientierte Anbieter und Betreiber durch den Gesetzgeber konterkariert die notwendige Transparenz, freie Arztwahl und Therapiefreiheit der Bürger*innen. Insbesondere bei MVZ's besteht die Möglichkeit, unbemerkt für Patienten*innen den wahren Finanzier/Investor/Betreiber durch mangelnde Auskunftspflicht (z.B. auf dem Praxisschild) zu verschleiern. Wie steht Ihre Partei zur Ökonomisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens? Wie beurteilen Sie die Forderung, Informationspflichten gegenüber den Bürgern so zu gestalten, dass auf den Praxisschildern eindeutig die Eigentumsverhältnisse dargestellt werden?
10. Unterschiedliche Entwicklungsvoraussetzungen und Chancengleichheiten v.a. für Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten, bildungsfernen Schichten, mit Migrationshintergrund, aber auch aus wohlhabenden Elternhäusern (Stichwort: Luxusverwahrlosung) lassen die Kariesprävalenz verstetigen.

Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor auf den hintersten Plätzen in Bezug auf das Übel der Kariesverbreitung. In unseren KiTa´s nimmt der Anteil der „Nichtputzer“ zu. Dabei hat das täglich ritualisierte Zähneputzen in den Einrichtungen einen hohen Stellenwert für die Stärkung der kindlichen Autonomie, die soziale Integration und Basiskompetenz unserer Kleinsten.

Wie setzt sich Ihre Partei mit Blick auf das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz und das KiFöG für die Rechte unserer Kinder ein?

Schwerin, 28. Juni 2021



Wolfgang Abeln

Vorsitzender des Vorstandes



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Kassenzahnärztliche Vereinigung M-V
Herrn Wolfgang Abeln
Wismarsche Straße 304
19055 Schwerin

Schwerin, den 27. Juli 2021

vorab per Email an: vorstand@kzvmv.de

Fragenkatalog der Kassenärztlichen Vereinigung

Ihr Schreiben vom 28. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Abeln,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. Juni 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitergehenden Bedarf haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

1.

Der Freie Beruf ist das Fundament einer liberalen Gesundheitsversorgung.

Wir Freie Demokraten wollen das freie Unternehmertum in medizinischen Berufen wieder mehr fördern. Wir achten den Freien Beruf und die unabhängige und selbständige Berufsausübung in der Medizin. Ärztinnen und Ärzte aller Fachrichtungen sollen in medizinischen Fragen autonom entscheiden können – frei von den Weisungen nicht ärztlicher Dritter.

Der freie Beruf stellt die Bedürfnisse der Menschen in einen wissenschaftlichen und Erfahrungskontext und entwickelt unter vernünftiger Abwägung und weitgehender Zurückstellung wirtschaftlicher Interessen die effektive und nutzbringende Therapie für den individuellen Patienten. Bürokratie und ökonomischer Druck schränken die Therapiefreiheit immer mehr ein. Dem muss die Politik wirksam entgegenwirken. Wir brauchen auch in der Zukunft engagierte Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker und alle heilberuflich Tätigen. Diese Berufe müssen wieder durch adäquate wirtschaftliche Rahmenbedingungen attraktiv werden. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehungen zwischen Arzt und Patient. Diese gilt es zu stärken.

Der freie, stationäre Apothekenmarkt muss neben den Versandhandelsapotheken erhalten bleiben, um eine schnelle, barrierefreie Versorgung mit Arzneimitteln zu ermöglichen. Wir wollen einen ausgewogenen Wettbewerb gewährleisten.

2.

Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Dazu fordern wir eine „Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig derjenige, der sie anfordert. Dies schärft den Fokus auf das Wesentliche, nämlich die Behandlung und Pflege von Patientinnen und Patienten, und verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen. Derzeit fallen 54 Millionen Bürokratiestunden allein bei Vertragsärztinnen und Vertragsärzten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten an (Quelle: Bürokratieindex 2017 der Kassenärztlichen Bundesvereinigung). Das ist nicht hinnehmbar. Seit Jahren klagen sämtliche Akteure im Gesundheitswesen über zunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

3.

Wir Freie Demokraten stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten Krankenversicherung auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung. Diese soll Versicherten- und Patienteninteressen in den Mittelpunkt rücken und Möglichkeiten bieten, aus verschiedenen Modellen zu wählen. Ein Wechsel zwischen GKV und PKV soll einfacher werden.

4.

Wir Freie Demokraten werden dafür Sorge tragen, dass die im Grundgesetz verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse auch tatsächlich wieder umgesetzt werden. Die Infrastruktur im ländlichen Raum darf nicht weiter hintenanstehen. Wir sehen große Chancen, dass der ländliche Raum, vor allem im Zuge der weiteren Digitalisierung, als Lebens- und Wohnraum immer beliebter wird. M-V kann auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle haben und dafür setzen wir uns ein!

5.

Ja, wir kennen das Projekt „Stiftung“ und wir Freie Demokraten stehen dem Stiftungswesen generell sehr aufgeschlossen gegenüber. Die Ansinnen einer solchen Stiftung wie z.B. die Stipendienvergabe, die Begleitung von Stiftungspraxen und die Förderung von Zahnärztinnen und Zahnärzten in deren Vorbereitungszeit sehen wir positiv. Ob dies allein ausreicht, die KZV

M-V bei der Erfüllung des Sicherstellungsauftrages gemäß § 75 SGB V, zu unterstützen, wird sich zeigen. Aber es ist ein interessanter Ansatz und könnte ein Baustein dafür sein.

6.

Die Tatsache, dass wir in M-V bei den zahnärztlichen Honoraren die „rote Laterne“ haben, sehen wir Freie Demokraten auch insofern als kritisch, dass es natürlich ein weiteres Hemmnis dafür sein kann, junge zahnärztliche Kolleginnen und Kollegen dafür zu begeistern, sich hier im Land niederzulassen. Hier sehen wir ganz klar sowohl die Krankenkassen als auch die KZV M-V in der Verantwortung bei den nächsten Vertragsverhandlungen dafür Sorge zu tragen, dies zu ändern.

7.

Diese Vermutung gilt es zu überprüfen. Sowohl auf politischem Wege aber im Zweifelsfall auch gerichtlich.

8.

Natürlich ist diese Art der Entwicklung in M-V für uns Freie Demokraten nicht hinnehmbar. Das Heft des Handelns liegt aber dabei eindeutig bei den Vertragspartnern, nämlich den gesetzlichen Krankenkassen und auch der Kassenzahnärztlichen Vereinigung M-V.

Um junge und flexible Arbeitskräfte hier im Land zu halten oder sie ins Land zurückzuholen setzen wir Freie Demokraten z.B. darauf, die überbordenden bürokratischen Hürden abzubauen und die Attraktivität der Standortvorteile, die ein Arbeiten in M- V bietet, weiter in den Vordergrund zu stellen.

9.

Nicht nur im Sinne der Transparenz und Vergleichbarkeit befürworten wir Freie Demokraten in M-V das Ansinnen, die Berufsträger und Rechtsverhältnisse in Versorgungszentren auf den Praxisschildern so kenntlich zu machen, dass diese eindeutig sichtbar sind. Wenn Einrichtungen wie bspw. MVZ allein der Kommerzialisierung und Ökonomisierung dienen sollen und die Heilbehandlung in den Hintergrund tritt, sehen wir diese Entwicklung sehr kritisch.

10.

Der immer noch viel zu hohen Kariesprävalenz bei den jüngsten Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes müssen wir mit gezielten Aufklärungskampagnen, speziell in den vulnerablen Gruppen begegnen.

Eine unter kompetenter Aufsicht gesteuerte, richtige und ritualisierte Mundhygiene in den Kitas ist dabei, zusätzlich zur individuellen Mundhygiene im Elternhaus, ein wesentlicher Baustein für die Mundgesundheit unserer Kinder.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin